

**Bezugspreis:**  
Wirteljährlich 3,00 M., monatlich 10. — M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Vierteljährlich 10. — M., ein-  
zelne Ausgaben 1. — M. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänzig, das Ost- und  
Westpreußen, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Lettland 20. — M., für  
das übrige Ausland 25. — M. Post-  
bestellungen nehmen an Deutsche,  
Litauer, Tschechen, Slowaken, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“ der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Erziehung und Kleingarten“  
erscheint wochentags zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.  
Telegraphisch: „Vorwärts“  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 17. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Der Streit um die Sanktionen.

### Neuer englisch-französischer Gegensatz.

Paris, 17. September. (E.E.) Die französische Regierung veröffentlicht ein offizielles Communiqué, worin sie erklärt, daß die Sanktionen im Rheinland nicht aufgehoben wurden, weil die deutsche Regierung den Antrag der französischen Regierung, der Errichtung eines Ein- und Ausfuhrbureaus zuzustimmen, nicht Folge geleistet hat. Allerdings richtete die Reichsregierung am 26. August an die französische Regierung eine Note an die französische Regierung, worin sie der Errichtung eines solchen Bureaus unter gewissen Bedingungen zustimmte. Auf diese Note antwortete Deland schriftlich und verständigte gleichzeitig den deutschen Botschafter in Paris, daß die Aufhebung der Sanktionen mit der formellen und bedingungslosen Annahme des interalliierten Ein- und Ausfuhrbureaus verknüpft sei. Da diese Zustimmung Deutschlands bis zum 15. September in Paris nicht eingetroffen war, konnten die Sanktionen nicht aufgehoben werden.

Zu der gleichen Angelegenheit erklärt eine Reutersnote, daß die Besprechungen zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland zwischen London, Paris und Koblenz fortgesetzt werden. Der Oberste Rat hatte entschieden, daß die Aufhebung der Sanktionen von der Bezahlung der ersten Milliarden Goldmark und von der Errichtung einer interalliierten Kommission abhängen sollte, die die Ausgabe von Lizenzen für Aus- und Einfuhr zu überwachen habe. Die französische Regierung ist der Anschauung, daß diese Kommission mit viel weitergehenden Vollmachten ausgestattet werden müsse und daß sie in Wirklichkeit ein souveräner Organismus, eine Behörde sein sollte, um Deutschland ihre Entscheidungen bezüglich der Lizenzen aller Art auferlegen zu können. In London begreift man nicht gut, welche Vorteile Deutschland aus der Aufhebung der Sanktionen ziehen könnte, wenn eine neue interalliierte Kommission mit so weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden soll. Man hat das Vertrauen, daß nach Klarlegung gewisser Punkte durch Besprechungen, die im Gange sind, diese Frage in friedlicher Weise gelöst werden könne.

### Ein Vorschlag Jaspars.

London, 19. September. (W.B.) „Times“ berichtet aus Brüssel, daß der belgische Außenminister Jaspars der britischen und französischen Regierung einen Vorschlag betreffend die

rasche Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen unterbreitet habe.

### Ein Dementi.

Köln, 17. September. (W.B.) Laut „Kölnische Zeitung“ entbehrt nach einer Mitteilung der Rheinland-Kommission die Zeitungsnotiz über eine angebliche Zurückberufung der englischen Zollbeamten aus Dpladen jeder Begründung.

### Das Hilfswerk für Sowjet-Rußland.

Paris, 16. September. (W.B.) Der Internationale Hilfsausschuß für Rußland hat heute nachmittag unter dem Vorsitz des früheren Botschafters Frankreichs in Rußland Rouleus und im Beisein des Vertreters von Ranten, Fid., eine Sitzung abgehalten, in der er beschloß, an die Staaten, die zur Teilnahme an dem Hilfswerk eingeladen werden sollen, einen Brief abzusenden. In dem Brief werden die Gründe auseinandergesetzt, aus denen der Ausschuß die Forderung an Rußland gestellt hat, einen Untersuchungsausschuß zuzulassen. Ferner wird darin verifiziert, daß der internationale Hilfsausschuß niemals daran gedacht habe, das Hilfswerk der privaten Organisationen zu verzögern. Am Schluß des Briefes heißt es, die Aufgabe des internationalen Ausschusses werde es sein, alle Informationen über die Lage in den russischen Gebieten zu sammeln und die von den verschiedenen Regierungen vorgeschriebenen praktischen Maßnahmen zu erwägen, um im Interesse des russischen Volkes die Aktion zu vereinfachen. Der Einladungsbrief ist an folgende Staaten abgesandt worden: Deutschland, Spanien, Vereinigte Staaten, Rumänien, Südfrankreich, Schweiz, Vatikan, Tschechoslowakei, Portugal, Polen, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, Lettland, Norwegen, Holland und Schweden.

### Schwere französische Schlappe in Marokko?

Paris, 17. September. (W.B.) Nach einer „Journal“-Mitteilung aus Sebastian belagen Gerüchte, daß eine französische Kolonne etwa 100 Kilometer von Mednes durch eine sehr große Gruppe Mauren angegriffen wurde. Sie soll am ersten Tage 400 Tote und Verwundete, am zweiten Tage 300 verloren haben, am dritten Tage seien drei von den Mauren umzingelte Kompagnien gezwungen worden, sich zu ergeben und seien ins Innere geführt worden.

## Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

Görlitz, 17. September. (Eig. Drahtbericht d. „Vorwärts“.) Die sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz trat am heutigen Sonnabend zusammen. Genossin Juchacz eröffnete die Tagung und sprach ihre Genugtuung darüber aus, daß die starke Beteiligung der Konferenz das fortwährende rege Interesse der Parteimitglieder an den Frauenfragen zeigt. In der Tat ist der große Saal des Tivoli von Teilnehmern und Gästen der ersten Konferenz ganz erfüllt.

Im Namen des Parteivorstandes wird die Konferenz begrüßt von Genossen Adolf Braun. Die Frauen müssen mit Herz und Hand dabei sein,

wenn der Sozialismus vorwärts bringt und seine letzten Ziele verwirklichen will. Wir kommen nicht vorwärts, wenn die Mehrheit unseres Volkes nicht an den wichtigsten Zielen der Partei und der Gesellschaft mitarbeitet, wenn die Mütter der kommenden Generation nicht mit dabei sind. Es ist bedauerlich, daß die Zahl der sozialistisch organisierten Frauen in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Wir kennen die schweren Hindernisse unserer Arbeit. In dem mangelhaften Eifer der Genossinnen in Bezirks- und Lokalorganisationen muß die Frauenkonferenz Wandel schaffen.

Frau Kugel-Görlitz begrüßt die Frauenkonferenz im Auftrage des Bezirkskomitees und des Sozialdemokratischen Vereins Görlitz, im Namen der sozialdemokratischen Frauen und Männer Niederschlesiens. Der Bezirk habe 5700 weibliche Mitglieder, habe aber in der jüngsten Werbewoche über 1000 neue weibliche Mitglieder gewonnen. In den Bezirks- und Ortsorganisationen, in den Jugend- und Bildungsausschüssen, in den Gemeinden und in der Wohlfahrtspflege sind die organisierten Frauen eifrig tätig. Sie stehen entschlossen zur SPD.

Nach dem Vortrag eines Prologs nimmt die Frauenkonferenz ihre Konstituierung vor durch die Wahl von Frau Ottilie Baber zur Vorsitzenden. Weiterhin werden gewählt: Frau Marie Juchacz, Frau Hauer, Frau Kattowitz, Frau Schröder-Altona, als Schriftführerinnen Frau Johanna Tsch. Frankfurt a. M., Schulte-Köln, Hilda Müller und Hulke Kähler-Berlin. Beratungsgegenstand der diesjährigen Reichsfrauenkonferenz ist die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Das einleitende Referat hält Stadtrat Wuhli-Berlin. Die revolutionäre Umwälzung des November 1918, die den kata-

strophalen Zusammenbruch des hohenzollernschen Deutschlands und das Ende des gewaltigen Weltkrieges brachte, hat uns wenigstens insofern ein Stück vorwärts gebracht, als die Rechte und politischen Freiheiten der Männer auch den Frauen gegeben wurden. Aber die politische Freiheit bedeutet nicht, daß wir nicht vor der Erringung des sozialistischen Zieles stehen. Seine Verwirklichung erfordert eine wesentlich größere Zeitspanne. Es sind Rindsköpfe, die da glauben, daß man den Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft durch rasche revolutionäre Schritte erreichen kann. Verwaltung und Wirtschaft sind nur allmählicher Einwirkung und Ausbildung unterworfen. Eine erste Voraussetzung dafür ist, daß wir

### alle Möglichkeiten durch uns selbst ausnützen.

Nach der Revolution wurden die Genossinnen in der Regierung und in den leitenden Verwaltungsfstellen mit dem Vorwurf verfolgt, daß die Verwaltungen noch immer reaktionär seien und die Arbeiten unserer leitenden Genossinnen sabotieren. Trotz allen guten Willens lassen sich diese Beschwerden nicht im Handumdrehen abstellen. Das gilt auch für die kommunale Verwaltung. Die Bedeutung unserer Tätigkeit in den Gemeinden wird noch immer nicht richtig eingeschätzt. Gemeindeverwaltung und Gemeindegewirtschaft sind die Zellen der ganzen Verwaltung und des öffentlichen Wirtschaftslebens. Hier werden die Angelegenheiten des täglichen Lebens bis hin zu den allerniedrigsten Angelegenheiten geordnet, hier wird der tägliche Bedarf jedes einzelnen befriedigt.

### Nirgendwo kann die Tätigkeit der sozialistischen Frau ausgeschaltet werden.

Man findet man auch heute noch und nicht nur in den bürgerlichen Kreisen die Auffassung, daß die Frau keine allzu starke Eignung für diese Tätigkeit besitze. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. In den Kriegsjahren haben sich die Frauen in der Gemeinwirtschaft in vollstem Maße bewährt, und es ist bedauerlich, daß sie sich nach Kriegsende wieder haben zurückdrängen lassen. Nach ihren Leistungen hätten sie das Recht gehabt, den Umfang ihrer Mitarbeit mit aller Energie festzuhalten. Denn jeder vorurteillose Kommunalpolitiker wird auf Grund der gemachten Erfahrungen feststellen müssen, daß die Mitwirkung der Frau in der Gemeinde schlecht hin unentbehrlich ist.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

## Heeresleitung und Waffenstillstand

Von Adolf Rösler.

Der Mord an Erzberger hat die Fragen nach der geschichtlichen Entstehung des Waffenstillstandsangebotes wieder in Fluß gebracht. Das ist erfreulich. Denn die deutschen nationalen Legenden über die Oktober- und November-Ereignisse des Jahres 1918 — die von einem englischen General aufgetragene Phrasen von der „erduldeten Front“ —, die allen militärischen und wirtschaftlichen Tatsachen direkt ins Gesicht schlagen, die Behauptung, wir hätten im Herbst 1918 mit der geringsten Aussicht auf Erfolg noch weiterkämpfen können — sie sind der geistige Nährboden aller antirepublikanischen Propaganda von heute. Ehe über die geschichtlichen Ereignisse jener Monate nicht volle Klarheit in das Hirn jedes deutschen Staatsbürgers gebracht wird, ist an einen geistigen und moralischen Wiederaufbau Deutschlands nicht zu denken.

Die Frage, ob Erzberger sich zu den Waffenstillstandsverhandlungen im Herbst 1918 gedrängt hat, ist von jemandem, der es wissen muß, nämlich dem Protokollführer der Sitzungen des Kriegskabinetts Max von Baden, Herrn Arnold Brecht, ein für allemal geklärt worden. Seine Darstellung wird erhärtet durch das Protokoll der betreffenden Kabinettsitzung selber, das nur aus Rücksichten des Raummanagements nicht in das Weißbuch über die „Vorgeschichte des Waffenstillstandes“ hat mit aufgenommen werden können. Ueber die Rolle hingegen, die die Oberste Heeresleitung bei den Vorbereitungen zur Bildung einer Waffenstillstandskommission gespielt hat, ist in der deutschen Öffentlichkeit bisher wenig bekannt geworden. Sie ist charakteristisch für den erschreckenden Mangel an Verständnis für die reale Lage, in der wir durch unsere militärische Niederlage und das aus ihr folgende Waffenstillstandsangebot geraten waren, — charakteristisch für die Mentalität der D.H.V. überhaupt, deren führende Mitglieder zum großen Teil ausgezeichnete Soldaten, durch die Bank aber miserable Politiker waren.

Sofort nach dem Abgang unseres Friedensangebotes hatte die D.H.V. mit militärischer Eignung in Spa von sich aus eine Waffenstillstandskommission zusammenzulegen begonnen. An der Spitze dieser Kommission stand der General v. Gündell. Sie begann am 7. Oktober mit ihren Sitzungen. In welchem Geiste und mit welchen Vorstellungen von ihrer eigenen Rolle die D.H.V. damals noch arbeitete, das erhellt schlagend aus einem Telegramm, das der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa, der jehige volksparteiliche Abgeordnete v. Versner am 7. Oktober an den Staatssekretär Solf richtete. In diesem Telegramm heißt es:

„Bei den heute begonnenen Sitzungen der deutschen Waffenstillstandskommission wurde ich gebeten, folgendes Material schnellstens zu beschaffen:

1. Die grundlegenden wichtigen Noten, die wir während des Krieges mit dem Feinde gewechselt haben in deutscher und in der Sprache, in der sie übergeben sind. Man denkt hierbei an die Note über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, unsere Antwort auf die Papstnote usw.
  2. Grundlegende Reden.
  3. Material über den Ursprung des Krieges.
- Ich habe darauf hingewiesen, daß es bringend wünschenswert sei, die Waffenstillstandsverhandlungen möglichst nur auf rein militärische Fragen zu beschränken. General v. Gündell stimmte dem völlig bei, bat mich jedoch der Sicherheit halber, das oben aufgeführte Hilfsmaterial zu beschaffen.“

Man weiß nicht, worüber man sich beim Lesen dieses Telegramms mehr wundern soll, über die naive Selbstverständlichkeit, mit der die D.H.V. hier auch nach der Anmeldung ihrer Niederlage wiederum in Anspruch nimmt, politische Verhandlungen mit dem Gegner zu führen, oder über die bedauerliche Selbsttäuschung, in der sie sich in bezug auf ihre eigene Lage gegenüber den Gegnern befand. Sie hatte immer noch nicht begriffen, daß sie militärisch geschlagen, daß der Moment, da sie unter Berufung auf ein starkes Heer und eine noch nicht verzweifelte militärische Lage mit dem Feinde wirklich verhandeln konnte, längst verpaßt, daß nun, nach der Niederlage im Westen und dem Zusammenbruch im Südosten, wirklich jener Augenblick gekommen war, mit dem sie das deutsche Volk während des Krieges so oft eingeschüchtert hatte, der Augenblick, da einer der beiden Kriegführenden wirklich militärisch gesiegt hatte. Sie begriff es nicht. Sie wollte es nicht begreifen. Sie bildete sich ein, daß Herr Koch ihre Vertreter empfangen werde, um über den Ursprung des Krieges und die Gründe für den päpstlichen Friedensschritt zu debattieren. Nachdem sie mit Kanonen den Feind nicht hatte zerstampfen können, wollte sie ihn nunmehr mit dem Propagandamaterial des Kriegspresseamts und der D.H.V. totschlagen. Sie begriff nicht, daß wir am Ende waren und daß sie durch ihr erzwungenes, dem Prinzen Max abgepreßtes Waffenstillstandsangebot selber eine Bewegung in das Volk hineinbracht hatte, die nun nicht mehr aufzuhalten war.

Die Antwort, die der damalige Staatssekretär Solf am nächsten Tage Herrn v. Versner erteilte, war kurz und bündig. Sie wies die D.H.V. in ihre militärischen Schranken zurück und referierte politische Verhandlungen denjenigen Instanzen, die für die Führung der Politik verantwortlich waren.



„Der Waffenstillstandskommission liegt lediglich die Regelung der Waffenstillstand betreffenden militärischen Fragen ob. Politische Fragen werden bei den Friedensverhandlungen geregelt und erledigt. Sollte wider Erwarten bei Waffenstillstandsverhandlungen Material erforderlich sein, das das politische Gebiet berührt, so wird dasselbe dem Vertreter des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestellt werden und von diesem zu verwerten sein.“

Bitte D.H. entsprechend zu informieren.“

Es nimmt kein Wunder, daß die D.H., und daß besonders der General v. Gündell über diesen kalten Wasserstrahl höchst entsetzt waren. Das waren Töne, die die D.H. in diesem Kriege von einer Zivilregierung noch nicht gehört hatte. Seit jener Zeit war die Gündellsche Waffenstillstandskommission auf das Berliner Kriegskabinett nicht gut zu sprechen.

Wie schief die Militärs damals die Lage beurteilten, geht auch aus den umfangreichen Personalvorbereitungen hervor, die sie zur Reise nach dem Orte des Waffenstillstandes trafen. Hohe Militärs und Diplomaten, Adjutanten und Hofräte, Stenographen und Burschen, alles in doppelter und dreifacher Garnitur, ja sogar einen Journalisten hatte man darauf vorbereitet, an den Verhandlungen persönlich teilzunehmen. Jeder Tag zeigte deutlicher, daß es zu ausführlichen Verhandlungen gar nicht kommen würde. Die D.H. blieb bei ihren Vorbereitungen. Man hätte meinen sollen, daß es schwer war, Männer zu finden, die den harten Gang nach Compiègne antraten. Das war nicht der Fall. Was wir später in Deutschland erlebten, sobald eine Entente-Kommission mit deutscher Begleitung zu versehen war, spielte sich schon damals ab: die Offiziere drängten sich geradezu, an der Expedition teilzunehmen.

Um so heftigeren Unwillen erregte es, als der von dem Reichsminister ernannte und vom Kabinett einstimmig delegierte Staatssekretär Erzberger eines Tages in Spa eintraf. Er scheint zunächst mit General von Gündell, dem bisherigen Leiter, zusammengearbeitet zu haben. Denn in einem Telegramm vom 6. November, das Erzberger von Spa aus an das Auswärtige Amt sandte, ist der General unter den Teilnehmern der Delegation noch mit aufgeführt. Dann ist General von Gündell plötzlich ausgeschieden. Was an der Nachricht wahr ist, daß die französische D.H. selber für den von Spa aus geplanten Massenbesuch gedankt hat, weiß ich nicht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß General von Gündell die Reduzierung der Kommission auf das Allernotwendigste und die Führung der Kommission durch Erzberger, zu der dieser durch das Kabinett verpflichtet war, auf die Dauer und innerlich nicht hat anerkennen wollen und deshalb auf die weitere Mitarbeit verzichtete. Auf jeden Fall ist General von Gündell, wie aus einem Telegramm Hinzins vom 7. November ans Auswärtige Amt hervorgeht, zurückgetreten und Erzberger am gleichen Tage 12 Uhr mittags, lediglich begleitet von Graf Oberndorff (Auswärtiges Amt), von Winterfeldt (Heer), und Banfelow (Marine) in Richtung Chimay-Jourmies-La Capelle abgereist.

Was die übrigen Herren anbetrifft, deren Mitreise als inopportun angesehen wurde, so gaben sie ihre Hoffnung, mitreisen zu können, noch nicht auf, sondern blieben als sogenannte „zweite Staffel“ zunächst im damaligen Hauptquartier der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz wartend liegen. Sie sind niemals weiter gekommen. Unter ihnen befand sich neben anderen Majoren auch jener Major Dürstberg, der sich heute in der „Deutschen Tageszeitung“ darüber beklagt, daß nicht die geeigneten Männer an den Verhandlungen teilgenommen haben. Ich kenne Herrn Dürstbergs Fähigkeiten nicht. Aber auch er wird nicht bestreiten können, daß der Generalmajor von Winterfeldt zum mindesten das Sachverständnis und die Verhandlungsfähigkeiten des Generals von Gündell besaß.

Es würde sich nicht lohnen, auf die Klagen der „Deutschen Tageszeitung“ näher einzugehen, wenn nicht aus ihnen wiederum jener nachgerade komisch anmutende Glaube herausleuchtete, daß wir durch größere Gerissenheit in den Verhandlungen den militärischen Siegern irgendwelche wichtige Zugeständnisse hätten entreißen können. Es wird

immer eine der seltsamsten Erscheinungen in der Politik dieser Zeit bleiben, daß dieselbe D.H. und dieselben nationalistischen Kreise, die dem deutschen Volke jahrelang jede Hoffnung auf einen Frieden der mittleren Linie als unmännliche Schwäche und phantastische Friedensdummei verketet haben, uns heute weismachen wollen, daß wir durch anderes Verhalten während der Waffenstillstandsverhandlungen den Vernichtungswillen des Siegers, von dem sie uns immer predigten, irgendwie hätten beeinflussen oder bezwingen können. Denn was ist jener Friede ohne entehrende Bedingungen, den wir nach der Theorie der Dolchstoßlegende durch Weiterkämpfen im Herbst 1918 unbedingt hätten erreichen können, anders als jener Friede der Verständigung und Versöhnung, den die deutsche Demokratie von Anfang des Krieges an für die einzig erstrebenswerte Lösung des Friedensproblems erklärt hat. Nur hat sie ihn klug und nüchtern zu einer Zeit gefordert, wo Deutschland militärisch und wirtschaftlich noch einen drohenden Machtfaktor darstellte. Als die D.H. sich zu dem Glauben an einen Verständigungsfrieden endlich bequimte, war es, wie immer in der deutschen Politik, zu spät. Der Glaube an einen Frieden ohne die sogenannten entehrenden Bedingungen im Herbst 1918 nach dem Waffenstillstandsangebot war phantastisch und konnte nur von Leuten geteilt werden, die entweder haltlos oder böswillig waren. Im Oktober-November 1918 waren wir nicht nur militärisch geschlagen, sondern standen durch die Ereignisse im Westen und im Südosten dicht vor dem vollkommenen strategischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Zu behaupten, daß den harten Taffachen der militärischen Lage und dem überschäumenden Siegerwillen der alliierten Militärs Herr von Gündell oder irgendein anderes Genie auch nur eine geringste wesentliche Verbesserung zugunsten des deutschen Volkes abgetrotzt hätte, ist entweder geschichtsfeindlicher Leichtsinns oder parteipolitischen Verbrechens.

### Gradnauers Befürchtungen.

Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer empfing den Berliner Korrespondenten des „Matin“ und erklärte ihm: Ich will nicht verhehlen, daß mir die innerpolitische Lage des Reiches düster erscheint. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die sich noch in den ersten Wintermonaten bei der Durchführung unseres Steuerprogramms steigern wird, muß unter der Arbeiterklasse Aufregung hervorrufen, die die äußerste Rechte und die äußerste Linke auszunutzen versuchen werden. Die deutsche Republik muß sich hauptsächlich um die bolschewistische und um die monarchistische Gefahr kümmern. Die bolschewistische Gefahr ist nicht mehr bedeutungslos, das bolschewistische Ideal verblaßt immer mehr. Die Spaltung, die der Kongreß von Halle vornahm, stärkte die Unabhängige sozialistische Partei, indem sie von unruhigen Elementen befreit wurde, die die Partei in Abhängigkeit von Moskau bringen wollten. Zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen sind die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten stark gemildert, seit die Unabhängigen die „Diktatur des Proletariats“ von ihrem Programm gestrichen haben. Der gefährlichste Feind der Republik sind jene Offiziere und Beamten und Universitätsprofessoren, die die Republik ihrer privilegierten Stellung beraubte. Sie können sich mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden und verachten die Arbeiterklasse, deren wundervoller Widerstand gelegentlich des Rapp-Putsch den Plan, die Monarchie wiederherzustellen, vernichtete. Es ist möglich, daß unter ihnen eines Tages wieder ein Cöllnau erstünde. Zu dieser gefährlichen Gruppe kann man noch alle Unzufriedenen hinzurechnen, die die deutsche Republik für die Verteuerung der Lebensführung und des Wirtschaftslebens verantwortlich machen. Sie glauben, daß die Rückkehr der Monarchie die Heilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands herbeiführen könnte.

Die großen Schwierigkeiten der auswärtigen Lage liefern diesen Gegnern wertvolle Argumente. Sie werfen der deutschen Republik vor, daß sie auf außenpolitischem Gebiete keinen Erfolg hatte. Die Presse der Rechten schürt den Haß nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die deutsche Demokratie. Es war ein Irrtum Frankreichs, die Zwangsmah-

nahmen nach der Annahme des Ultimatums aufrechterhalten zu haben. Die brennendste Frage ist die von Oberschlesien. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der Arbeit und der Industrie Deutschlands verdankt, dem Reich nicht verbleibt, könnte man eine „freiwillige Rechtswende“ nicht vermeiden. Das Verbrechen von Griesbach hat die monarchistische Gefahr ein wenig entzündet. Es hat aber gezeigt, daß die Arbeiterklasse immer einig ist, wenn es sich darum handelt, die Verfassung zu verteidigen. Sollten neue Attentate gegen Republikaner oder Sozialisten verübt werden, wäre es nicht mehr möglich, den Unwillen der Arbeiterklasse einzudämmen. Glücklicherweise wünscht niemand, den Bogen allzusehr anzuspinnen. Die Vertreter der äußersten Rechten und der äußersten Linken versprechen mir, ihre Presse zur Mäßigung einzuladen. Mit Bayern dürfte man bald zu einem Einvernehmen gelangen. Der Belagerungszustand in Bayern wird aufgehoben werden. Die Reichsregierung kann es nicht länger dulden, daß ein Ausnahmezustand besteht, unter dem die Republikaner verfolgt werden und die monarchistischen Verschwörer alle Freiheit genießen.

### Selbstschutz oder Räuberbande?

In Ziegenhals sind nach einer Meldung des „B. L.“ sämtliche Angehörige einer aus früheren Selbstschutzeinheiten bestehenden Bande verhaftet worden, die sich schwere Uebergänge in jeder Hinsicht zuschulden kommen ließen. Jiddische Bürger in Ziegenhals sind schwer bedroht worden. Zahlreiche Pferdebestiehlungen sind vorgekommen. Auch einige Uebergänge an der scheidenden Grenze sind vorgekommen, und Schleheren auf einen tschechischen Posten haben sich ereignet. Bei der Verhaftung der Bande gelang die Beschlagnahme von 84 Pferden, zahlreichen Lastautos und Personenwagen. Erwähnt wird der Fall des Leutnants Egner, des Sohnes eines Generals Egner, der auf frischer Tat verhaftet ist, nachdem er einem pflegenden Bauern das Pferd ausgepant hat und zu verkaufen suchte.

Wir haben schon früher auf das gemeingefährliche Treiben einer ähnlichen Bande des Freikorps Oberland aufmerksam gemacht, die ihren Sitz in Schloß Bielau (Kreis Reife) hatte und mit den Münchener Nordbanditen in engster Fühlung stand. Die mit großem Polizeiaufgebot versuchte Aushebung der Bande ist leider nur zum Teil geglückt, da die Hauptführer, offenbar rechtzeitig gewarnt, sich in Sicherheit gebracht hatten. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen. Das „B. L.“ schreibt den Mißerfolg auf den preussischen Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, von dem es sagt, er habe eine unglückliche Hand gehabt. Uns scheint ein besonders unglücklicher Griff gewesen zu sein, daß die Durchführung der Aktion dem als besonders reaktionär bekannten Führer der Düsseldorf-Schutzpolizei, dem Grafen v. Boninski anvertraut worden ist, der unseres Wissens auch im Rapp-Putsch eine mindestens zweifelhafte Rolle gespielt hat. Wird das Ministerium Stegerwald untersuchen, wen die Schuld an dem Entkommen der Haupttäter trifft?

Seit dem Entkommen der Haupttäter spielt auch die Justiz eine besondere Rolle, die den Verhafteten Arnold Ruge, wie wir bereits mitteilten, aus der Untersuchungshaft entlassen hat. Ruge ist jetzt verschwunden. Offenbar ist die Entlassung erfolgt, ohne daß sich die zuständigen Stellen mit den Behörden, die im Besitz umfangreichen Belastungsmaterials gegen Ruge sind, in Verbindung gesetzt haben.

### Wenn es nur wahr wäre!

Paris, 17. September. (CC.) Aus dem Haag wird der „Chicago Tribune“ berichtet: Die Mitglieder des Hohenzollernhauses, die sich nach in Deutschland befinden, bereiten allgemein ihre Abreise nach Holland und der Schweiz vor. Die Nachrichten aus Daorn belagen: Diese Flucht erklärt sich aus der unstillen politischen Lage in Deutschland. Der Herzog und die Herzogin von Braunschweig mit ihrer Familie und Prinz Adalbert kamen letzte Nacht in Haus Doorn an, obwohl man sie erst für den Oktober erwartete.

## 1. Internationale Tagung für Sexualreform

Der 1. Verhandlungstag war theoretischen Fragen gewidmet; besonders der Bedeutung der inneren Sekretion für die menschliche Sexualität. In zwei großen Referaten wurde der gegenwärtige Stand der Forschung, welche ja durch die Experimente Steinachs die breitere Öffentlichkeit bewegt hat, dargestellt. Prof. Lippich-Dorpat erläuterte, gestützt auf eigene Experimente, die von den Keimdrüsen ausgehende Absonderung spezifischer Stoffe ins Blut; er zeigte ihre geschlechtspezifische Verschiedenheit bei der männlichen und weiblichen Keimdrüse und verfolgte die gestaltbildenden und die geschlechtsmerkmalbildenden Wirkungen dieser inneren Sekretion. Er verteidigte seine und Steinachs These, daß der Ort, wo die inneren geschlechtsbestimmenden Sekrete sich bilden, das Zwischenstadium der Keimdrüsen, die sogenannte Pubertätsdrüse, sei, an Hand zahlreicher Demonstrationen. Prof. Biedl-Prag, der größte Kenner der inneren Sekretion, ergänzte nicht ohne mancherlei Kritik die Ausführungen. Er zeigte, daß die geschlechtsbestimmenden Faktoren nicht nur von den Keimdrüsen ausgehen, sondern von dem gesamten Apparat der Keimdrüsen, dem eigentlichen Träger der Gesamtkonstitution. Die Geschlechtsbestimmung eines Menschen darf nicht ausschließlich nach seinen Keimdrüsen erfolgen, sondern nach dem Ueberwiegen körperlicher Merkmale, die als Geschlechtsmerkmale gelten — und nach seiner seelischen Beschaffenheit. Schärfer abgrenzend gegenüber der Pubertätsdrüse äußert sich der holländische Anatom Stieve. Die Zwischenstadien des Hodens seien nur Träger von Ernährungsfunktionen; die innere Sekretion liege bei den Keimzellen. Steinachs behauptete F-Zellen kämen überall vor. Die Burchs haben überhaupt kein Zwischenstadium in den Keimdrüsen, und doch ausgesprochene Geschlechtsdifferenzen. Geheimrat Benda, der Berliner Anatom, schließt sich aus morphologischen Erwägungen den Bedenken theoretischer Art an. Aber auch Stieves Lösung der Frage nach dem Ort der inneren Sekretion erklärt keineswegs alle Befunde. In mehrmaligen Ausführungen verteidigt Lippich seine angegriffenen Positionen. Wenn auch die Erweiterung der Probleme nicht geübt ist, so hat sie sie doch in umfangreicher Weise in der Fülle ihrer Schwierigkeiten beleuchtet.

Privatdozent Weil berichtet über die Körperproportionen von normalgeschlechtlichen und von homosexuellen und asexuellen Männern, über die er umfangreiche Erhebungen an 400 Fällen angestellt hat. Es ergaben sich erhebliche Abweichungen, insbesondere in dem Verhältnis der Oberfläche des Körpers zur Unterlänge. Da die Wachstumsverhältnisse ein Ausdruck der inneren Sekretion des Blutdrüsenorgans, besonders der Keimdrüsen, sind, so zeigt sich ein bemerkenswerter Parallelismus körperlicher und psychischer Beschaffenheiten. Freiber von Reichenstein regt als Anthropologe an, daß die morphologische Rollenbildung einmal unter dem Gesichtspunkt der innersekretorischen Konstitution zu erfolgen. — Dann kommen die klinischen Erfahrungen zur Sprache, die sich aus der Anwendung der Steinachschen Operationen auf den Menschen bis jetzt ergeben haben. Peter Schmidt, Berlin, und Altmeppen, Berlin, haben die sogenannte Ver-

jüngungsoperation, die Unterbindung des Samenstranges, im ganzen 37 mal ausgeführt. Die Nachuntersuchungen erstreckten sich über mehr als ein Jahr. Die Erfolge waren, von wenigen Verlegern ausgenommen, überaus günstige. Weniger Günstiges berichtet der Berliner Chirurg Schabel über die Erfolge der Hodenüberpflanzung. Bei Homosexualität hat der Redner in sechs Fällen nur Mißerfolge gehabt. Die Debatte ergibt, daß beim Menschen überpflanzte Organe fast stets ihre Lebensfähigkeit einbüßen.

Prof. von Ehrenfels-Prag, der Philosoph und Ethiker, spricht über das Thema „Kulturelle und eugenische Sexualmoral“. Die Dauer-Einsele ist keineswegs ein naturgewollter Zustand. Sie hat dahin geführt, daß die konstitutiven Kräfte der Kulturvölker sich erschöpft haben. Dem eugenischen Ziel genügt diese feruelle Ordnung nicht. Die gleichzeitige Anpassung der Sexualordnung an ein kulturelles und ein eugenisches Ziel ist im Höchstmaß nicht möglich. Aber auch die Weltanschauung, wie sie etwa die mehrtausendjährige Erhaltung der Volkstreu und Kultur Chinas gewährleistet hat, ist nicht das eugenische Ideal der Sexualordnung. Wie die neue Sexualordnung ausfallen wird, hängt von dem Entwicklungsstande der Kultur und Wirtschaft der Gegenwart zu nehmen bestimmt sind. Einseitigen frommt uns feruelle Erkenntnis, Kampf gegen Verhüllung, Lüge und falsche Scham, Forderung der monogamen Ehen und Ausübung aus Prinzip und aus Wahrschäftigkeit. — Seine Stöcker widerspricht dieser fatten Propheetie in gemilderten Ausführungen über Erotik und Altruismus. Monogame Verehelichung und Bergeißung des Geschlechtlichen ist ihr Ziel. Ueber das Thema „Geschlecht im Recht“ äußern sich die Juristen Werhauer, Berlin, und Dehnow, Hamburg. Ersterer spricht die geltenden geschlechtlichen Sitten als das bloße Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an und sieht in der sexuellen Gesetzgebung nur eines der Mittel, um diese Wirtschaftsordnung mit Gewalt zu einer dauernden zu machen. Ihr gegenüber stellt er das Naturrecht der sexuellen Freiheit auf. Dehnow unterzieht den neuen Strafgesetzentwurf einer eingehenden konkreten Kritik.

Kammerjäger: „Die Jungfern vom Bichsberg von Hauptmann.“ Aus welchen Gründen die Dichtung dieser Bühne, die über das Aufstiegsrecht der Hauptmannlichen Werte in Berlin verfügt, darauf verfiel, just dieses Lustspiel neu zu inszenieren, ist nicht recht verständlich. In seinem ferner Stille ist der Dichter weniger er selbst als hier. Der Eindruck, den man vor vielen Jahren bei der Erstaufführung erhielt, bestärkte sich nur beim Wiedersehen. Um die kleine Anecdote des bürgerlichen Oberlehrers, den übermütigen Junggesellen im Garten vergrabenen Altruismus vorpfeift, und der dann vor den versammelten Gästen nichts anderes als ein wohlgefülltes Kofferchen mit legerem Bäckchenbrot zu Tage fördert, gruppieren sich fünf ganze Akte. Sie beschäftigen für das fiebernde Lustspielbeholdung auch nicht durch laubig Stimmungsvolle Beleuchtung von Menschen und Wäulen. Der Dialog, in dessen individueller Räumlichkeit Hauptmann sonst ein Meister ist, verlandet hier ins Breite und Beziehungslose. Der Reiz, den die Erinnerung an eigenes Erleben um diese heiter frohe Welt der Bichsberger Wädel wab, hat sich nicht umgesetzt in eine freie Schöpfung, die auch die Phantasie des Zuschauer-

mit in ihren Bann zieht. Je höher man den Dichter schätzt, um so peinlicher empfindet man die Annäherung an funktionelle Blöße. Wo das Poetische aufhört, auf dem Gebiet der mit bloßen Augenblids- und Unterhaltungswirkungen arbeitenden Rache sind ihm gar viele überlegen.

Von den im Stille farg bedachten Jungfern, gewann im Spiele die jüngste der Bichsische, Roma Bahn, nach am ehesten bestimmte Physiognomie. Hermann Thoma gab den aus der Fremde heimgekehrten Werber Eines tönig sympathischen Naturburschentums. Diegelmann repräsentierte behaglich humoristisch den Onkel und Schuppatron der munteren Schor. Träger und Mittelpunkt der Aufführung, dem auch der lebhafteste Applaus in erster Reihe galt, war Max Galschors selbstgefälliger pedantischer Oberlehrer. Ein Kabinettstück droffiger Karikatur, das sich doch überall in den Grenzen des Möglichen hielt.

Scherz, Satire, Ironie „oder“ tiefere Bedeutung. „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ nannte Grabbe sein tolles Lustspiel, das von merkwürdigsten Genieeinflüssen strömt; der Vorfall aus dem Leben, das fonderbarer als die Dichterphantasie arbeitet, zwingt zu einem „oder“. Aber dafür kann man ihn auch „Feindschaft und Gerechtigkeit“ oder „Weltgeschichtlicher Akt“ nennen.

Der entthronte Kaiser Wilhelm flieht nach Holland, das holländische Ministerium weiß nicht, wohin mit ihm, und drängt den Befehl von Amerongen, ein Glied der weitverzweigten Familie Bentind, deren eine wichtige Linie englisch ist, ihn aufzunehmen. Nachdem dies nun geschehen ist, kommt die englische Seelenlinie nach Amerongen, und während Lord George die Auslieferung des Kaisers verlangt, oder mindestens ein Gericht über ihn, erreicht es die hochadlige englische Lady Nora Bentind, ihn kennen zu lernen, und weiß nichts wichtigeres zu tun, als ein Buch über sein Leben in Amerongen zu schreiben — wohl für ihre englischen abligen Freunde und Freundinnen. Das ist ja so interessant für den Spielern: Exakter im Exil!

Aber un kommt das Ulfische: der Verlag für leichte Unterhaltungsliteratur in Berlin, der die fogen. spannenden Bücher herausgibt für Reife, für Bureaus und so weiter, sichert sich das Geschäft und liefert dem deutschen Volk auch dieses unterhaltende Buch. Er acht schon die hohe Auflageziffer. Dieser nümliche Verlag aber verlegt eine Reihe streng demokratischer, republikanischer Zeitungen. Es geht jedoch um das Geld des Verlages, und so drucken die demokratischen Zeitungen von der „B. Z.“ bis zu der ganz links schiefenden „Berliner Allgemeinen“ Kapitel aus diesem spannenden Roman: Der Kaiser im Exil!

Scherz, Satire, Ironie oder tiefere Bedeutung? Erkaufungen der Wache. Mont. Deutsches Theater: „Heddes und Marianne.“ — Dend. Rab. Rühlentheater: „Remedie.“ — Wittu. Weibentheater: „Der König.“ — Dreit. Schiller-Theater: „Der Richter von Palermo.“ Lustspielhaus: „Die Schauspieler.“ — Tenn. Nord-Deutsches Theater: „Der Schrei nach Ruhe.“ Metropol-Theater: „Die Straßen-Langerin.“ Urania-Vorträge. Jeden Abend: „Unser schönes Riesengebirg.“



**Admittungsstellungen.** Volkshüter: 18. Die lange Jule.  
Der Bauer als Millionär. 23. Das Geheim. Die Abenteuer der Jünglinge.  
Schachspiel aus 25. Ausnützen. Der tolle Theater: 19. Frühlings-  
erwachen. Kammerjunker. 20. Die Geier der Danubio. — Festungs-  
theater: 12. u. 23. Die Parafist von Paris. Künstler-Theater: 18. u. 25. Hamlet.  
Theater in der Röntgenstraße: 18. u. 25. Ueber das kaiserschen  
Kloster. 25. 11. Uel: 1. Einhorn-Sonnet. 23. Ueber das kaiserschen  
Kloster: 18. u. 25. Helten. — Großes Schauspielhaus: 18. u. 25. Tann-  
haus. Kleines Theater: 18. u. 25. Jugendfreunde. — Die Theater: 25. Tann-  
haus. Komödienhaus: 18. u. 25. Die Gasse mit Rosa. — Berliner Theater: 18. u.  
25. Die letzte Haler. — Kleines Schauspielhaus: 18. u. 25. Anderer-  
theater: 18. u. 25. Rada. Wintererster Theater. — Central-Theater:  
18. u. 25. Großmann. — Friedrich-Wilhelms-Theater: 18. Nigelt.  
Der Barbier von Seville. — Thalia-Theater: 18. u. 25. Rumpelstilch.  
Theater am Rosenbühl: 18. u. 25. Wenn Liebe erwacht. 21. 22. u. 24.  
Eröffnung auf Segen. — Theater des Lebens: 18. Reichthums Leben. 23. Die  
Hochzeit. — Kleines Theater: 18. u. 25. Gelehrter Sohn. — Wall-  
theater: 18. u. 25. Die Tannhäuser. — Rose-Theater: 18. u. 25. Die Kränze  
erwachen. — Ruffin-Theater: 18. u. 25. Mittelstern. — Eichen-Theater:  
Rosenbühl. 23. Scherz. — Admiralspalast: Die roten Schuhe.



# Gewerkschaftsbewegung

## Der Transportarbeiterverband im Jahre 1920.

Das Jahr 1920 brachte der Organisation noch einen Zuwachs. Im Berichtsjahr stieg die Mitgliederzahl von 520 883 um 57 474 auf 578 357. Die Zahl der im Verband organisierten Frauen stieg auf 77 631. Weibliche Jugendliche waren 751, männliche 12 013, im ganzen 12 764, organisiert. Die Sorge um die Lebenshaltung der Mitglieder zwang die Organisation zu 6807 Angriffsbewegungen, von denen 397 zum Streik führten. In 103 Fällen mußte die Organisation Angriffe der Unternehmer abwehren. Dabei kam es in 47 Fällen zum Streik und in weiteren 16 Fällen zu Aussperrungen. An den 6910 Bewegungen waren 804 682 Mitglieder beteiligt. Von den Bewegungen waren 6870 = 99,4 Proz. von Erfolg gekrönt. Erreicht wurden

an Lohn erhöhungen 3 872 775 036 Mark.

Das bedeutet für jeden Beteiligten eine durchschnittliche Wochenloohnerhöhung von 87,33 M. oder eine jährliche Reinerhöhung von 4541,16 M. Außerdem profitierten 4107 Mitglieder mit einer Lohnaufbesserung von im ganzen 7 142 148 M. an den Bewegungen anderer Organisationen.

Die meisten Bewegungen endeten mit Abschluß eines Tarifvertrages. In 818 Fällen kam es zu Neuabschlüssen von Tarifen und in 1033 zu Tarifierneuerungen. Diese 1856 Tarife ergaben 312 305 Personen in 66 603 Betrieben. Am Jahreschluß bestanden

2117 Tarifverträge für 687 625 Personen

in 63 484 Betrieben.

Die Zahl der verkauften Beitragsmarken ist von 20 178 088 auf 26 290 206 gestiegen. Arbeitslosen Mitgliedern wurden 422 232 (1919: 56 697) Beiträge erlassen. Die Einnahmen der Hauptkassen und der Nebenkassen betrugen 55 962 049,51 M., die Ausgaben 50 388 477,43 M. Die Einnahme der Hauptkasse belief sich auf 32 783 991,36 M., die Ausgabe auf 32 454 161,75 M., so daß ein Kassenbestand von 3 329 829,61 M. blieb. Mit den Beständen der Nebenkassen in Höhe von 7 483 713,24 M. verfügte der Transportarbeiterverband am Jahreschluß über ein

Barvermögen von 12 638 789,46 M.

Durch eine seit dem 1. Januar 1921 geltende Beitragserhöhung hat sich der Vermögensbestand inzwischen nicht unerheblich verbessert. Unter den Ausgaben der Hauptkasse nehmen die Unterstützungen aller Art den ersten Platz ein. Die reine Streikunterstützung betrug 13 540 206,38 M. Rechnet man hinzu die Ausgaben für Ge-

maßregeln, Rechtsschutz und andere mit den Lohnbewegungen verknüpften Kosten, so ergibt sich eine Ausgabe

für Lohnbewegungen von 14 538 203,96 M.

An Arbeitslosenunterstützung wurden 3 078 410,02 M., an Krankenunterstützung 2 669 524,75 M. gezahlt; dazu kommen Notfall-, Todesfall-, Weihnachtsunterstützung (für Erwerbslose) usw., so daß diese Summe auf 6 696 206,85 M. steigt. Im ganzen floßen etwa 21 Millionen Mark in bar in die Taschen der Mitglieder zurück. Die Posten „Verbandsorgane“ und „Verwaltung“ verschlangen je 5 Millionen Mark. Davon fielen 911 142,90 M. auf Befolgung und Entschädigung der angestellten und ehrenamtlich tätigen Funktionäre. Die Nebenkassen zahlten außerdem noch 1 003 420,26 M. Zuschüsse zu den Unterstützungen der Hauptkasse, wodurch sich die bar zurückfließende Summe auf 22 Millionen erhöht.

Alles in allem darf auch der Deutsche Transportarbeiterverband von sich behaupten, jederzeit und mit allen Mitteln für das Wohl der Mitglieder gewirkt zu haben — trotz den Unkenrufen von links und rechts.

## Die Lohnbewegung in den Berliner Mühlen.

Die Mühlenarbeiter Berlins haben das Lohnabkommen, welches Löhne für die Gelehrten und Rutscher von 290 M. pro Woche, für die übrigen Arbeiter 250 M., für die Arbeiterinnen 190 M. vorsah, zum 15. September d. J. gekündigt und neue Lohnforderungen eingereicht. Die Verhandlung der Organisationsleitungen und der Lohnkommission mit der Tarifkommission der Arbeitgeber verlief ergebnislos, da die Arbeitgeber nur eine Lohnzulage von 50 M. für die Gelehrten, 45 M. für die Ungelehrten und 40 M. für die Arbeiterinnen bewilligen wollten. Dieses Angebot der Arbeitgeber hatte noch den Nachteil, daß die Lohnspanne zwischen Gelehrten und Ungelehrten von 10 M. auf 15 M. erhöht wurde. Die Streitfrage wurde dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zur Regelung überwiesen. In der Sitzung vom 12. September 1921 wurde den Parteien ein Vergleichsvorschlag zur Übermittlung an ihre Auftraggeber unterbreitet, der die Löhne folgendermaßen erhöht:

Für Lohngruppe a) von 290 auf 350 M., Lohngruppe b) von 280 auf 340 M., Lohngruppe c) von 190 auf 240 M. Außerdem wird den Arbeitern ein Deputat von vier Pfund Mehl wöchentlich unentgeltlich gewährt.

Eine zum 13. d. M. einberufene Funktionärerversammlung der Mühlenarbeiter lehnte den Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses nahezu einstimmig ab und beschloß, an dem den Arbeitgeber gemachten Vergleichsvorschlag: 100 M. Lohnzulage pro Woche für die männlichen Arbeitnehmer, 60 M. für die Arbeiterinnen festzuhalten. Sollte dieser Vorschlag von den Arbeitgebern abgelehnt werden, so soll sofort in den Betrieben eine Urabstimmung über Eintritt in den Streik vorgenommen werden.

Am 15. September fand eine erneute Verhandlung mit den Arbeitgebern statt, die folgendes Resultat zeitigte: Den männlichen Arbeitnehmern wird ab 3. September 1921 eine Lohnzulage von 70 M. pro Woche gewährt, den Arbeiterinnen 50 M. Das Deputat wird aufrechterhalten. Diesem Angebot stimmte die Funktionärerversammlung der Mühlenarbeiter am 15. September 1921 mit großer Majorität zu. Damit war der drohende Mühlenarbeiterstreik vermieden.

Nach dem neuen Lohnabkommen ergeben sich folgende Wochenlöhne:

Lohngruppe a): Walzenführer, Müller, Sader, Sadträger, Maschinisten, Heizer, Handwerker aller Art, Walzenrigger, Rutscher 350 M.

Lohngruppe b): Bodenarbeiter, Kesselfeuerer, Kohlentarrer und alle anderen männlichen Arbeiter 350 M.

Lohnklasse c): Frauen 240 M.

Dieser Erfolg war den Mühlenarbeitern nur dadurch gesichert, daß sie Mann für Mann zu ihrer Organisation hielten. Das neue Lohnabkommen ist erstmalig kündbar am 15. Oktober zum 15. November.

## Steinfeder und Berufsgeossen!

Sonntag, 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelfer 14/15, gemeinsame Mitgliederversammlung. Bericht über die Lohnverhandlungen.

Die Arbeiter der Gaswerke Nowawes und Bornim legen Wert auf die Feststellung, daß sie nicht in den Streik getreten sind, ohne das Schlichtungsverfahren abzuwarten. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß fanden am 6. September statt, am 8. befaßte die Belegschaft, der Verwaltung ein vierstündiges Ultimatum, das am 12. September, mittags 12 Uhr, abließ, zu stellen, in dem neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften gefordert wurden. Erst nach Ablehnung dieser ultimativen Forderung ist die Belegschaft in den Streik getreten.

Italienische Streikstatistik. Das italienische Arbeitsministerium teilt folgende Daten bezüglich der Streiks im Jahre 1920 mit. Es waren 1881 Industriebetriebe, die Zahl der Streikenden betrug 1 267 953 und die der verlorenen Arbeitstage 16 398 227. Diese Zahlen sind die höchsten seit 1880. Die Streiks waren jedoch nur in der ersten Hälfte des Jahres so zahlreich, die angebrochene Wirtschaftskrise hat in der zweiten Hälfte die Streikzahl stark vermindert.

Zentralverband der Glaser. Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Erhöhung der Verbandsbeiträge, Stellungnahme zur Lohnbewegung.

Verantwortlich für den Text: Fritz Schiff, Berlin; für Anzeigen: Dr. Glaser, Berlin. Verlag: Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Dampfer-Extra-Fahrten**  
ab Waifenbrücke  
Neue Mühle und Tempel  
Langwald & Schmolke.

Amerik. Journale mit 8, 10, 12, 14 u. 16 Kolonnen  
Hauptbücher - Kassabücher  
Extra-Anfertigungen  
**Geschäftsbücher**  
Gebr. Scherk, Köpenicker  
Straße 108  
Amt Moritzplatz 3481, 3482, 3483

**Gardinen!**  
Sonderangebote  
und Gelegenheitskäufe  
in Resten  
Stores, Bettdecken  
Madras- und Künstler-  
Gardinen  
Spezial-Gardinenwerkst.  
Neukölln, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof

**Nutzeisen**  
Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,  
Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstangen  
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben  
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln  
Weserstr. 35/36 - Tel. Neuk. 4170  
**COHN & BORCHARDT**  
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48  
Telegr.-Adresse „Erzcober“, Tel. Lichtenb. 646/647

**GOLD-**  
Silber-  
Platin-  
kauft  
Silber-Zentrale  
Gotzkowskystraße 13  
Parzellen  
in Eggenbühl, 15 Minuten  
vom Bahnhof Strausberg ent-  
fernt, zu verkaufen. Kühn & Co.  
Berlin, Potsdamerstr. 11. April 1921

Dr. Hoffbauers ges. gesch.  
**Entfettungs-Tabletten**  
Vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel bei  
**Korpulenz - Fettleibigkeit**  
ohne Einhalten einer Diät. Keine stark wirkenden  
Arzneimittel, keine Schilddrüse enthaltend.  
Nicht aufzählend. - Leicht bekömmlich.  
Gratis Broschüre versendet auf Wunsch  
**Elefanten-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74**  
(Dönhofsplatz). - Amt Zentrum 7192

# KAUFHAUS-KONZERN

**indemann & Co.**

**Warten Sie mit Ihren Einkäufen!**

**UNSER SCHÖNEBERGER HAUS**

**Eröffnung demnächst bevorstehend!**

**KAUFHAUS-UNDEMANN & CO.**

**Zentrale u. Einkaufshaus**  
in der Handelsstätte Spittelmarkt

**Kaufhaus in Potsdam**

**Kaufhaus in Spandau**

**Kaufhaus in Görlitz**

**Kaufhaus in Annaberg**

**Kaufhaus in Harburg**

**Kaufhaus in Guben**

**Kaufhaus in Bremerhaven**